



Die aktuelle Kolumne
vom 09.11.2009

Wissenschaftsdiplomatie für eine nachhaltige Entwicklung: Eine Perspektive des Südens

Von Britta Rennkamp,
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)
und

Dr. Ademar Seabra, Ministerium für
Außenbeziehungen, Brasilien



Wissenschaftsdiplomatie für eine nachhaltige Entwicklung: Eine Perspektive des Südens

Bonn, 09.11.2009. In Budapest endete am vergangenen Wochenende das 4. Weltwissenschaftsforum unter Federführung der UNESCO, des Weltwissenschaftsrats (ICSU) und der ungarischen Wissenschaftsakademie. 500 Vertreter aus Politik und Wissenschaftler aus über 80 Ländern trafen zusammen, um die Relevanz von Wissen in Zukunftsfragen zu diskutieren. Angesichts der weltwirtschaftlichen Krise stand die zentrale Frage im Vordergrund, welche Rolle die Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung spielen kann.

10 Jahre nach der ersten globalen Wissenschaftskonferenz, die 1999 ebenfalls in Budapest stattfand, hat sich die Weltwissenschaftslandschaft verändert. China, Indien, Brasilien und Russland haben parallel zu ihrem wirtschaftlichen Wachstum solide Wissenschaftssysteme aufgebaut. In Brasilien hat sich die Zahl promovierter Wissenschaftler pro Jahr im Laufe des vergangenen Jahrzehnts verdreifacht. Trotz allem ist der Weg zur wissensbasierten Volkswirtschaft noch weit. Obwohl insgesamt mehr Wissenschaftler ausgebildet werden, verfügen diese nur selten über das Ingenieurwissen, das in der Industrie gebraucht wird. Universitäten und Industrie arbeiten eher im Ausnahmefall zusammen.

Auch in Hinblick auf staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) hat keines dieser Schwellenländer die kritische Grenze von 2% des BIP überschritten. Innovation ist noch immer nicht zur Hauptprämisse im produzierenden Gewerbe geworden. Mangelnde Information und fehlendes qualifiziertes Forschungspersonal beschränken die Innovationsfähigkeit der meisten Unternehmen in diesen Ländern. Soziale Ungleichheiten und hohe Einkommensgefälle sind nach wie vor strukturell verankert.

Erst im Laufe der 90er Jahre haben sich die Regierungen in diesen Schwellenländern explizit darum gekümmert, ihre entwicklungspolitischen Strategien mit Industriepolitiken zu verbinden, um so die Innovationsfähigkeit in Produktion und Dienstleistungen zu erhöhen.

China hat beispielsweise ein Aktionsprogramm für die Entwicklung von Wissenschaft und Innovation bis 2020 entworfen. Auch Brasilien hat seit den späten 90er Jahren systematisch in die industrienahen Forschung investiert und ein Innovationsgesetz erlassen, das universitären Forschern den Einsatz in der Industrie erleichtert. Ähnliche, wenn auch etwas zögerliche Initiativen finden sich in Indien und Südafrika. Diese Strategien bauen auf der Grundidee auf, die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften zu erhöhen und Wachstum auf der Basis von Wissenschaft und Innovation nachhaltig zu verankern.

In vielerlei Hinsicht lernen die Regierungen von den Erfahrungen aus den Industrieländern und bedienen sich aus dem Methodenkasten der OECD. Gleichzeitig entstehen hier wichtige neue Erfahrungs- und Politikmodelle in Hinblick auf die Förderung von Wissenschaft und Innovation im Kontext sozialer Ungleichheit. Diese Modelle können auch für weniger entwickelte Länder interessant sein und geben darüber hinaus Anlass, die traditionellen Indikatoren für forschungsbasierte Innovation zu reflektieren.

Die Teilnehmer des Weltwissenschaftsforums in Budapest waren sich in der letzten Woche des hohen Stellenwerts der Wissenschaft für die globale Entwicklung bewusst. Diese Einsicht gab es so vor zehn Jahren noch nicht.



Aus- und Weiterbildung universal zu gestalten und somit qualifiziertes Personal in allen Niveaus und Sektoren der Wirtschaft zu fördern, ist ein zentrales Problem in den Entwicklungsstrategien in Brasilien, Indien und Südafrika, teilweise auch in China und Russland. Häufig stehen die Länder vor der Herausforderung, dass sie einerseits internationale Exzellenz in der Wissenschaft anstreben und gleichzeitig das Bildungssystem in seiner Breite erst noch entwickeln müssen. Trotz steigender Zusammenarbeit zwischen Forschern aus Schwellen- und Industrieländern, ist es nach wie vor schwierig, neues Wissen als Marktinnovation entwicklungsfördernd zu nutzen und zu verbreiten.

Die meisten Schwellenländer haben in den vergangenen Jahren große wirtschaftspolitische Fortschritte gemacht und spielen gerade in der gegenwärtigen Krise eine stabilisierende Rolle in der Weltwirtschaft. Dies reicht jedoch nicht aus, um die Innovationskraft zu entwickeln, die erforderlich ist, um die Produktionssysteme der Schwellen- und Entwicklungsländer in der erforderlichen Zeit zu transformieren und auf den Pfad eines nachhaltigen, das heißt vor allem kohlenstoffarmen Wachstums zu bringen. Das wird ohne verstärkte Technologie- und Wissenskooperation kaum gelingen können.

Die internationale Wirtschaftskrise zeigt deutlich, die Grenzen von staatlicher Politik und die Notwendigkeit für neue internationale Steuerungsformen. Es wird immer deutlicher, dass von einander unabhängige Entwicklungsstrategien nicht nachhaltig zur Transformation zu wissensbasierten Ökonomie führen können.

Aus diesem Grund müssen Regierungen gemeinsam ihre Aktivitäten im Bereich der Wissenschafts- und Innovationsdiplomatie verstärken. Die Wissenschaftsdiplomatie geht von der Prämisse aus, dass Entwicklung nur gelingen kann, wenn über nationale Strategien hinaus der globale Charakter von Entwicklung berücksichtigt wird.

Antworten auf globale Herausforderungen wie Klimawandel, Migration, Armutsbekämpfung und der Aufbau einer globalen Wissensgesellschaft benötigen neue gemeinschaftliche Anstrengungen in der Wissenschaftsdiplomatie. Angesichts der Probleme, die sich in den nächsten Jahrzehnten für die Weltgemeinschaft abzeichnen, ist ein globaler Wissenschaftspakt notwendig, welcher die Schwellen- und Entwicklungsländer ausdrücklich einbezieht und Wissen zur Lösung von Weltproblemen zu einem allgemein zugänglichen globalen Gut macht.

Am 10. November wird der UNESCO-Welttag der Wissenschaft gefeiert. Dieser Tag erinnert an die bedeutende Rolle der Wissenschaften für Frieden und Entwicklung.

Von

Britta Rennkamp, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

und

Dr. Ademar Seabra, Leiter der Abteilung Wissenschaft und Technologie im Ministerium für Außenbeziehungen, Brasilien